



Braucht das Gesundheitswesen bald selber ein Spitalbett?

GERD ALTMANN, PIXELIO.DE

Gesundheit muss bezahlbar sein

Die SP Kanton Bern kämpft für **tiefer Gesundheitskosten**

In der Schweiz hat die ganze Bevölkerung Zugang zu einem sehr guten Gesundheitssystem. Dies soll so bleiben. Die Gesundheitskosten werden jedoch für viele zu einer untragbaren Belastung. Das muss sich ändern.

Margreth Schär

Lange Zeit galt, dass in der Schweiz die ganze Bevölkerung Zugang zu einem der besten Gesundheitswesen weltweit hat. Das durfte auch etwas kosten. Heute ist die Situation anders. Unser Gesundheitswesen gehört zwar nach wie vor zu den besten.



Die finanzielle Belastung der Bevölkerung wird aber immer grösser und der Zugang wird für Grundversicherte zunehmend erschwert. Das Ziel der SP ist es, die Kosten der Gesundheitsversorgung in den Griff zu bekommen und für alle bezahlbare Prämien in der Grundversicherung zu erreichen. Der grösste Teil des Gesundheitswesens wird über das Krankenversicherungsgesetz KVG auf Bundesebene geregelt. Trotzdem gibt es auch auf Kantonsebene Möglichkeiten Kosten zu sparen.

Hausarzt-Netze und Gesundheitszentren

Die SP/JUSO hat unter dem Titel be-

zahlbare Gesundheit ein Vorstoss-paket eingereicht. Mit diesen Vorschlägen soll erreicht werden, dass gleichzeitig Kosten stabilisiert oder gesenkt werden können und die hohe Qualität der Grundversorgung erhalten bleibt.

Um die Kosten in den Griff zu bekommen, müssen weitere Spitalinfrastrukturen abgebaut werden. Die SP/JUSO will aber klar die Grundversorgung in den ländlichen Gebieten sichern. Dies mit der Forderung die Hausärzte zum Beispiel mit Netzwerken zu stärken und in den Regionen Gesundheitszentren aufzubauen. Diese sollen gemeinsam mit den Hausärzten die Notfallversorgung übernehmen.

Sparen bei den Medikamenten

Eine weitere Forderung der SP/JUSO betrifft die Medikamentenpreise. Wir verlangen, dass die Spitalapotheken zusammengelegt werden oder zumindest der Einkauf gemeinsam getätigt wird. Generell soll – wo vorhanden – auf Generika umgestellt werden. Wir versprechen uns davon eine klare Kostensenkung.

Prämienverbilligung für Familien

Die sehr hohen und weiter steigenden Krankenkassenprämien belasten insbesondere die Familien enorm. Schon mittlere Einkommen können Schwierigkeiten bei der Be-

zahlung ihrer Prämien bekommen. Die Krankenkassenprämien werden zum zweitgrössten Ausgabeposten neben der Miete. Das darf nicht sein. Die SP/JUSO verlangt neue Modelle zur Prämienverbilligung. So könnte der Kanton mit einer Standesinitiative beim Bund anregen, die Tabaksteuer zu erhöhen. Die zusätzlichen Einnahmen sollen zur Prämienverbilligung zum Beispiel bei Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden.

Lebensmittel mit Ampelsignal

Ein neuer und spannender Ansatz ist die «Ampelmotion». Es ist eine Tatsache, dass Menschen, die sich gesund ernähren, weniger häufig den Arzt aufsuchen müssen. Wir verlangen, dass Lebensmittel entsprechend bezeichnet werden. Grün bedeutet für die Gesundheit besonders günstig; Gelb nützt nichts und schadet wenig. Rot bedeutet, dieses Produkt sollte aus Gesundheitssicht nicht im Übermass genossen werden.

Keine Zweiklassen-Medizin

Die SP/JUSO wird sich aber entschieden gegen jegliche Form von Zweiklassen-Medizin zur Wehr setzen. Die Kostenstabilisierungen oder -senkungen dürfen nicht auf Kosten der Qualität bei den Grundversicherungen erfolgen.

Margreth Schär ist Fraktionspräsidentin der SP/JUSO.

TSCHOU

*Ja zu guter Bildung.
Ja zu Harnos.*

Als Vater möchte ich wissen, was Harnos für meine Kinder und das Familienleben bedeutet.



Jedes Kind muss faire Chancen erhalten. Es darf nicht sein, dass je nach Wohn-gemeinde oder Kanton Kind und Familie

zum Beispiel auf zwei Jahre Kindergarten, eine Tagesschule oder Blockzeiten verzichten müssen. Ich erwarte auch bei einem Wohnortswechsel in einen anderen Kanton das gleiche Angebot.

Diese Forderungen werden von Harnos erfüllt:

■ Zeitgemäss: ein Schulsystem für die ganze Schweiz

Im Moment hat die Schweiz 26 verschiedene Schulsysteme. Ein einheitliches Schulsystem bedeutet eine Vereinfachung im ganzen Land. Wenn Familien in andere Kantone umziehen, verlieren die Kinder nicht mehr ein ganzes Schuljahr.

■ Flexibel: die Eltern bestimmen beim Eintritt mit

Vier von fünf Kindern im Kanton Bern beginnen schon heute den Kindergarten im 5. Lebensjahr. Diese Chance sollen in Zukunft alle Kinder bekommen. Auf Wunsch der Eltern bleiben Lösungen für einen späteren Eintritt in den Kindergarten aber weiterhin möglich.

■ Bewährt: Harnos entspricht bereits unserem Alltag

Harnos sieht genau die Schulstrukturen vor, die im Kanton Bern bereits umgesetzt sind: 2 Jahre Kindergarten, 6 Jahre Primarschule und 3 Jahre Oberstufe. Die umliegenden Kantone haben dieselben Strukturen.

■ Leistungsorientiert: die Wirtschaft setzt auf Harnos

Harnos bildet die Basis für ein offenes und leistungsorientiertes Bildungssystem. Nichts ist wichtiger als Bildung. Oder um es mit einem bekannten Zitat zu sagen: Die menschliche Geschichte ist ein Wettlauf zwischen Bildung und Katastrophe.

Roland Näf ist Vizepräsident der SP Kanton Bern

SPITZE FEDER

Identität – Integrität

Zuerst glaubte ich, es sei ein Missverständnis: Gut aussehende junge Männer – sie alle könnten



Anwärter auf einen Mister-Schweiz-Titel sein – verlangen vor laufender Kamera in fließendem Schweizerdeutsch das

Recht, ihren fremd klingenden Namen auf ihren Papieren schweizerischen Gepflogenheiten anpassen zu können.

Dann wird mir schnell klar, dass dies kein Scherz ist. Die jungen Männer, Ausländer der 2. oder 3. Generation, beklagen sich über Benachteiligung bei der Arbeits- und Wohnungssuche aufgrund ihres Namens. Sie fordern das Recht auf einen nicht diskriminierenden Namen. Und werden dabei von der SP unterstützt. Ich, selbst Enkelin einer italienischen Immigrantin, habe bisher immer gedacht, es gehe darum, nicht zu diskriminieren... und nicht darum, die diskriminierenden Sachverhalte zu beseitigen. Ich spinne den Gedanken weiter... wie wäre es, wenn jemand eine andere Hautfarbe fordern würde, um nicht diskriminiert zu werden?

Namen bedeuten mir mehr als Laute oder Buchstaben, sind für mich Spuren, denen ich nachgehen kann. Höre oder sehe ich einen Namen, so erhalte ich einen Hinweis auf eine mögliche Identität, einen Mosaikstein im Bild einer Person.

Zugegeben, auch mein Name macht mir manchmal zu schaffen. Zudem ist er in jeder anderen Sprache ein Zungenbrecher. Aber er gehört zu mir; selbst wenn es mir aus einer Laune heraus einfallen könnte, ihn einzutauschen – ganz auslöschen dürfte man ihn nie!

Der Diskriminierung aus dem Wege gehen, indem wir die Vielfalt preisgeben zugunsten einer Anpassung an die «schweizerische Norm»? Wäre nicht eher jene Integrität gefordert, sich den Differenzen zu stellen und sich mit ihnen auseinander zu setzen? Oder ist auch unser Name längst zum Lifestyle-Produkt geworden?

Brigitte Schildknecht ist Tänzerin und Sängerin.

L'avenir du jura bernois

Le 4 mai 2009 l'assemblée interjurassienne a publié son rapport final sur l'avenir institutionnel de la région interjurassienne. Le PS du canton de Berne, le PSJB et le PSR favorisent dans leur prise de position le statu quo +.

Jacques Zumstein
et Marcelle Forster-Boivin

Historique

Devenues conflictuelles dès 1974 les relations entre les cantons de Berne et du Jura posaient de sérieux problèmes aux populations concernées. En 1994, les deux gouvernements sous l'égide de la Confédération ont chargé une assemblée interjurassienne (AIJ) de trouver une solution à l'affaire jurassienne. En 2005, suite à l'initiative «un seul Jura», acceptée par le parlement jurassien et ressentie comme une attaque contre le travail de l'AIJ, un éclaircissement de sa mission par les deux cantons et la Confédération déboucha sur un mandat demandant à l'AIJ de définir, dans un rapport, quelle était la meilleure solution institutionnelle pour mettre fin au conflit.

Les solutions de l'AIJ

Le 4 mai dernier le rapport a été publié. Il propose, sans imposer, deux solutions possibles, soit :

Le statu quo + qui propose une simplification de la structure des institutions du Jura bernois, les fusions de communes, la collaboration avec la ville de Bienne, l'ouverture à une collaboration avec les cantons voisins ainsi qu'avec La Franche Comté. Cette solution préserve l'unité cantonale bernoise.

L'entité à 6 communes prévoit le rattachement du Jura bernois au canton du Jura en proposant une disparition des districts et l'émergence de 6 communes et une structure politique bien définie, avec l'étude d'un budget prévoyant un bénéfice.



Remise du Rapport final de l'AIJ – Übergabe des Schlussberichts der IJV am 4. Mai. Serge Sierro, Emanuel Gogniat, Elisabeth Baume-Schneider, Eveline Widmer-Schlumpf, Philippe Perrenoud

FOTO: AIJ/S. GERBER

Le PS favorise le statu quo +

Le PS du canton de Berne, en accord avec le PSJB (Jura bernois) et le PSR (romands de Bienne) a publié sa prise de position. Il propose de retenir la solution statu quo + pour les raisons suivantes :

Elle favorise le maintien de la paix et le respect des valeurs socialistes, soit emploi, formation, sécurité sociale, santé, culture et protection de l'environnement ;

Elle clarifie et simplifie la répartition des compétences politiques dans le Jura bernois ;

Elle privilégie les collaborations intercantionales, et aussi transfrontalière et renforce la position du Jura bernois en Suisse occidentale ;

Elle tient compte du rôle de la ville de Bienne et de ses habitants francophones ;

Enfin pour le PSB la défense du bilinguisme dans le canton de Berne,

ainsi que le rôle de pont entre la Suisse romande et alémanique sont des éléments fondamentaux.

L'avenir

Pendant les six prochains mois les gouvernements cantonaux bernois et jurassien se concerteront pour définir la suite qu'ils entendent donner aux conclusions de l'étude. Le Conseil-exécutif bernois associera le Conseil du Jura bernois, les autorités municipales du district de Bienne et le Conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne à ces réflexions.

Prise de position/Stellungnahme PSB, PSJB et PSR sur www.spbe.ch → Aktuell → 4. Mai 2009.

Jacques Zumstein et Marcelle Forster-Boivin sont membres de la délégation bernoise à l'Assemblée interjurassienne.

DIE ZUKUNFT DES BERNER JURA

Am 4. Mai 2009 hat die Interjurassische Versammlung (IJV) ihren Bericht zur institutionellen Zukunft der Juraregion präsentiert. Das Verhältnis zwischen dem Kanton Jura und dem Kanton Bern ist seit 1974 angespannt. 1994 haben sich die beiden Kantonsregierungen entschieden, die IJV zu schaffen. Sie wurde 2005 beauftragt, einen Bericht zu möglichen Lösungen des Jurakonflikts zu erarbeiten. Am 4. Mai 2009 stellte sie zwei Möglichkeiten vor: Status quo + mit einer Verbesserung und Vereinfachung der politischen Institutionen oder die Schaffung einer neuen kantonalen

Einheit aus Kanton Jura und drei Bezirken des Berner Jura in 6 neuen Gemeinden. Die SP Kanton Bern, die SP des Berner Jura (PSJB) und die Bieler Romand-Sektion (PSR) sprechen sich für den Status quo + aus, da dieser unter verschiedenen Kriterien (insbesondere Entwicklungsmöglichkeiten, Zweisprachigkeit des Kantons Bern und Einbezug von Biel) die bessere Lösung darstellt. In den nächsten sechs Monaten werden nun die beiden Kantonsregierungen klären, wie mit den Schlussfolgerungen des Berichts weiter verfahren werden soll.



Margot Huonder-Hirschi, Nadja Kehrli-Feldmann, Nathalie Scheibli profitierten von unterschiedlichen Wahlkampfverfahren.

SP-FRAUEN

Adieu, jüngste Präsidentin

An der Hauptversammlung vom 2. Mai verabschiedete Regierungsrätin Barbara Egger die Präsidentin der SP-Frauen Kanton Bern, Katharina Hess.

Deine politische Laufbahn fing früh an: Andere Mädchen spielten mit der Barbiepuppe, du hast eine Kindergarten-Umweltgruppe gegründet. Andere Jugendliche haben sich ins BRAVO vertieft, du hast gegen die geplanten französischen Atomtests vor dem Einkaufszentrum Flugblätter verteilt.

Als junge Frau hast du parallel zu deiner Ausbildung im Jahr 2005 das Präsidium der SP-Frauen übernommen. Du bist die jüngste Präsidentin, die es bei den SP-Frauen je gab. Du warst eine sehr engagierte Präsidentin. Hier einige Schwerpunkte aus dieser Zeit:

- Papier Stadt Land (Mitarbeit)
- Marche mondial des femmes (Vertretung der SP-Frauen)
- Jährliches Kursangebot für Politikerinnen und solche, die es werden wollen
- Volksinitiative für Tagesschulen (Vertretung der SP-Frauen)
- Projektgruppe Parteiprogramm (Mitarbeit)
- Erarbeitung des neuen Frauen-Leporellos
- Mehr Frauen in die Verwaltungsräte (Vorstoss Grossrat, Demo bei BKW-GV)
- Standaktions-Paket für die Initiative Waffen ins Zeughaus!

Du, liebe Katharina, möchtest dich wissenschaftlich im Bereich Pflege und Gesundheit einbringen und dabei auch Führungsverantwortung übernehmen. Verständlicherweise willst du dich in anderen Bereichen entlasten und gibst das Präsidium der SP-Frauen ab. Wir alle danken dir ganz herzlich für dein grosses Engagement!

Für die Zukunft wünsche ich dir Ausdauer, Spass am Neuen und auch Glück, dass deine Träume sich verwirklichen lassen. Einen Ausspruch von Willi Ritschard möchte ich dir noch auf den Weg geben: «Auf hundert Besserwisser gibt es nur einen Bessermacher.» Ich bin überzeugt, dass du diese Bessermacherin bist.

Barbara Egger ist Regierungsrätin des Kantons Bern.

«Richtiges» Engagement, Familientradition oder Einflussnahme?

Drei SP-Frauen berichten von ihren **Erfahrungen in der letzten Wahlkampagne**

Nathalie Scheibli (Langenthal), Nadja Kehrli-Feldmann (Bern) und Margot Huonder-Hirschi (Büren zum Hof) kandidierten 2006 für den Grossen Rat. Obwohl alle drei nicht gewählt wurden, würde sie es wieder tun.

Was hat euch bewogen für den Grossen Rat zu kandidieren?

Margot: Ich war schon länger «basispolitisch» aktiv und wollte mich nun noch «richtig» engagieren, um etwas zu bewegen und meine Ideen einzubringen.

Nadja: Ich wollte in den Grossen Rat, um auf kantonaler Ebene direkt politisch Einfluss zu nehmen. Mein Grossvater war bereits Grossrat und ich versuchte die Familientradition weiterzuführen.

Nathalie: Mit meiner Erfahrung aus dem Langenthaler Stadtparlament erschien es mir richtig, mich als Kandidatin zur Verfügung zu stellen. Als Kindergartenleitung Einfluss im Bildungswesen nehmen zu können, war für mich eine zusätzliche Motivation.

Habt ihr nach den Grossratswahlen ein anderes politisches Mandat übernommen?

Margot: Ja, als Gemeinderätin in Büren zum Hof und als Präsidentin des Amtsverbandes Fraubrunnen, danach als Vizepräsidentin des Regionalverbandes Bern Nord-Oberaargau.

Nathalie: Ich bin nach wie vor im Stadtrat von Langenthal aktiv. Zudem hatte ich die letzten vier Jahre bis im März 2009 die SP-Sektion Langenthal präsiert. In der letzten Legislatur war ich in der Bau- und Planungskommission, jetzt bin ich Vizepräsidentin der Kulturkommission.

Nadja: Ich bin Schulkommissionsmitglied der Kleinklassen und Sonderschulen der Stadt Bern und Vorstandsmitglied der Sektion Bern-Ost. Zudem wurde ich Mitglied des Leitungsgremiums der SP-Frauen Kanton Bern.

An welche Situation als Kandidatin könnt ihr euch noch bestens erinnern?

Nathalie: Ich habe im Januar 06 den grossen Zeh gebrochen und habe den Wahlkampf ausschliesslich an Krücken geführt.

Nadja: Beim Rhetorik-Kurs der SP-Frauen hielt jede Frau eine Rede. Dabei versagte meine Stimme kläglich. Zum Glück passierte dies in einem kleinen Rahmen und nicht bei einem öffentlichen Auftritt.

Margot: Mir kommt Flyer verteilen in Burgdorf, der Markt in Langenthal oder eine «Wahl-Velo-Tour» von Jegenstorf nach Bätterkinden und Utzenstorf in den Sinn.

Von welchen Erfahrungen konntet ihr profitieren?

Margot: Sich noch bewusster sein, wie wichtig eine gute Vernetzung ist.

Nadja: Von der Erfahrung, dass nicht immer alles perfekt sein muss und ich trotzdem gut bin.

Nathalie: Ich konnte vor allem von meiner Arbeit als Präsidentin der SP Langenthal profitieren. Ich habe da wichtige Erfahrungen im Umgang mit den Medien gesammelt. Mit der Arbeit im Stadtparlament habe ich überdies die Zusammenhänge von politischem Geschehen und dem Einfluss auf unsere Gesellschaft erkannt.

Wo liegen heute eure politischen Prioritäten?

Nathalie: Ich habe wieder Zeit, mich gezielt gewählten Themen anzunehmen. Diese will ich mittels Vorstößen, Anlässen und durch Pressepräsenz beeinflussen und mitgestalten. Parteiintern werde ich mich für kleinere Aufgaben, die mir besonders liegen und daher «ring» laufen, zur Verfügung stellen.

Margot: Aus familiären und beruflichen Gründen habe ich meine politischen Aktivitäten vorübergehend ein bisschen reduziert und bin noch Leiterin der Gemeindeversammlung von Büren zum Hof.

Nadja: Meine Priorität liegt ganz klar bei den SP-Frauen Kanton Bern. Die Arbeit im Leitungsgremium ist spannend und macht mir viel Freude.

Lust bei den Wahlen 2010 zu kandidieren? Melde dich bei deiner SP-Sektion.

SCHLUSSSPURT

Sag Ja zur SP und wirb ein neues Mitglied

Jetzt hat die SP ein neues Gesicht – zumindest grafisch. Die SP braucht aber viele neue Mitglieder. Bitte sprich mit deinen Bekannten über einen SP-Beitritt und hilf mit, unser Ziel 1000 Neumitglieder im 2009 zu erreichen.

Damit die SP eine starke Politik machen kann, braucht sie eine starke Basis. Als Mitglied oder SympathisantIn bist du die beste Werberin oder der beste Werber für unsere Partei. Sprich in den nächsten Wochen Politikinteressierte aus deinem Umfeld gezielt auf ein Mitmachen bei der SP an. Du wirst sehen, die Reaktionen

sind positiver als vielfach erwartet. Viele haben sich schon mal überlegt, einer Partei beizutreten, aber ohne Motivation von aussen dann nichts unternommen. Mit einem persönlichen Gespräch kannst du die entscheidende Person sein, die sie zum SP-Beitritt bewegt und damit unsere Partei stärkt. Jetzt ja!



Nicht vergessen

Wenn du in diesem Jahr ein neues Mitglied wirbst und auf der Mitgliederwerbekarte deinen Namen vermerkst, kannst du einen von 20 SBB-Gutscheinen im Wert von 100 Franken gewinnen.

Eine Mitgliederwerbekarte und das neue Parteiprogramm mit unseren politischen Standpunkten hast du im April zugesandt bekommen. Weitere Exemplare können kostenlos bestellt werden bei: sekretariat@spbe.ch oder Telefon 031 370 07 80 oder SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23.

Vielen Dank für deine Mithilfe, damit die SP viele neue Gesichter erhält. Ja!

Der starke Personalverband **BSPV**



Der BSPV: Ihre Partei am Arbeitsplatz

Beratung erhalten Sie unter:
www.bspv.ch / 031 311 11 66
BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

AGENDA

19. AUGUST, 20 UHR
«HarmoS: Hoffnungen und Ängste im Kanton Bern». Referat und Podiumsdiskussion mit Regierungsrat Bernhard Pulver u. a. Kirchgemeindehaus Hofmatt, Schüpfen

20. AUGUST, 18.30 UHR
Neumitgliederapéro im Historischen Museum Bern. Anmeldung: angelika.neuhaus@spbe.ch

25. AUGUST, 19 UHR
Kurs 3 SP-Frauen: Frauenspezifische Kommunikation. Restaurant

Sonne in Herzogenbuchsee, Anmeldung: frauen@spbe.ch

15. SEPTEMBER, 18.30 UHR
Bildungsveranstaltung Aktionen und Medienarbeit. Restaurant Romand, Biel, Anmeldung: toni.marbot@spbe.ch

15. SEPTEMBER, 19 UHR
Kurs 4 SP-Frauen: Kritik als Chance/Umgang mit Kritik. Kipferhaus in Hinterkappelen (Wohlen BE), Anmeldung: frauen@spbe.ch

16. SEPTEMBER, 19 UHR
Diskussion Initiativprojekte SP Schweiz. (Parteitag verschoben auf 14. Oktober) Hotel Bern

NEUES DATUM:
14. OKTOBER, 19 UHR
Parteitag SP Kanton Bern im Hotel Kursaal, Bern

IMPRESSUM

Herausgeberin:
SP Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
Postfach 1096
3000 Bern 23
Telefon 031 370 07 80
links.be@spbe.ch

Spenden: PK 30-895-9
(SP Kanton Bern)

Redaktion: Daniel Furter

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 10. August 2009

Adressänderungen bitte direkt an:
linksabo@spschweiz.ch

ROTES BRETT

PARTEITAG NEU AM 14. OKTOBER

Der ursprünglich auf den 16. September festgelegte Parteitag musste aus unvorhersehbarem Anlass (Bundesratsersatzwahl) auf den 14. Oktober 2009 verschoben werden. Er findet ab 19 Uhr im Hotel Kursaal in Bern statt.

DISKUSSION INITIATIVPROJEKTE AM 16. SEPTEMBER

Am 16. September findet neu in Bern eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zu den fünf Initiativprojekten der SP Schweiz statt. Mit SP-Generalsekretär Thomas Christen ab 19 Uhr im Hotel Bern in Bern.

EINE EHRliche POLITIK BRAUCHT EINE EHRliche FINANZIERUNG

Deshalb ist die SP Kanton Bern darauf angewiesen, dass alle Mitglieder und SympathisantInnen ihren Solidaritätsbeitrag 2009 zahlen. Erst dieser Beitrag ermöglicht uns Abstimmungs- und Wahlkampagnen.

Wir danken allen herzlich, welche ihn bereits einbezahlt haben, und sonst lautet unsere Kontonummer: 30-895-9 Bemerkung: Solidaritätsbeitrag.

IMPRESSIONEN VON DER VERANSTALTUNG KEIN TSCHERNOBYL IN MÜHLEBERG VOM 26. APRIL AUF DEM BERNER MÜNSTERPLATZ



FOTOS: HERBERT SCHWEIZER

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch